



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 06.02.2026 bis 13.02.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Armenien: Erstmaliger Besuch eines amtierenden US-Präsidenten oder Vizepräsidenten	3
Bangladesch: Minderheiten befürchten Erfolge von Extremisten bei Wahl	5
Deutschland: Kongress „Freiheit 2026“ zu Menschenhandel und sexueller Ausbeutung	7
Deutschland: Lebensschützer bei Angriff verletzt	8
DR Kongo: Islamistischer Terror scheint sich auszubreiten	9
Iran: 47 Jahre Mullah-Regime - IGM prangert fortgesetzten Terror an	10
Iran: Bericht zur Menschenrechtssituation	11
Israel: Umweltkatastrophe verhindert	12
Jemen: Verhaftungswelle gegen christliche Minderheit	13
Mexiko: Pastor wegen Verweigerung an katholischem Ritual inhaftiert	14
Moldau: Land mit großen Wunden	15
Myanmar: 21 von 22 Kirchen seit dem Staatsstreich 2021 zerstört	16
Nicaragua: Pastor aus der Haft entlassen	17
Nigeria: Entführte Christen aus Kurmin Wali befreit	18
Nigeria: Mord, Entführung und Befreiung	19
Österreich: Mann zündete Kirche an, weil ihm kalt war	20
Pakistan: Freispruch nach 4 schweren Jahren	21
Südkorea: Pastor aus dem Gefängnis entlassen	23
Syrien: Hunderttausende vertrieben	24
Türkei: EU-Gerichtshof prüft Aufenthaltsverbote für Christen	25
Uganda: Muslimische Extremisten schlagen zwei Pastoren zusammen	26
USA – Ungarn: Partnerschaft zur Bekämpfung der Christenverfolgung	27
Weltweit: Interview mit Geschäftsführer HMK-CH	28
Zentralasien: "Willst du ein Jünger Jesus sein?"	30

Armenien: Erstmaliger Besuch eines amtierenden US-Präsidenten oder Vizepräsidenten

ICC-Nachrichten - Der US-Vizepräsident JD Vance traf am Montag in Armenien ein, einem Land, das noch kein amtierender US-Präsident oder Vizepräsident besucht hat.

Im August 2025 trafen sich der aserbaidtschanische Präsident Ilham Aliyev und der armenische Premierminister Nikol Pashinyan im Weißen Haus, um eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen, von der sich einige erhofften, dass sie den Weg für mehr Stabilität in der Region ebnen würde. Unter anderem bekräftigte die Erklärung das wirtschaftliche Interesse der USA an der Region. Sie signalisierte eine mögliche Abkehr Armeniens von Russland, das traditionell als Beschützer und Vermittler zwischen den beiden verfeindeten Ländern fungiert hat.

Der mit Abstand wichtigste Punkt der Erklärung war die Eröffnung eines Transport- und Kommunikationskorridors für Aserbaidschan durch armenisches Gebiet zu seiner Enklave Nachitschewan. Letztendlich bietet der Korridor Aserbaidschan eine direkte Landverbindung zu seinem Verbündeten Türkei über die westliche Grenze Nachitschewans zu diesem Land.

Der Besuch von Vance in Armenien und Aserbaidschan in dieser Woche soll an die gemeinsame Erklärung anknüpfen, die noch nicht zu einem formellen Friedensabkommen geworden ist. Die jeweiligen Außenminister haben zwar einen Entwurf für den endgültigen Friedensvertrag paraphiert, aber

Es wurde jedoch noch weder von den Staatsoberhäuptern gebilligt noch vom Parlament ratifiziert.

Der Vertragsentwurf ist zwar allgemein gehalten, erwähnt jedoch die Bekämpfung von Intoleranz, Rassismus und gewalttätigem Extremismus. Nicht aufgeführt sind religiöse Verfolgung und ethnische Säuberungen – seit langem gängige Praktiken des totalitären Regimes in Aserbaidschan.

Ebenfalls nicht im Vertragsentwurf enthalten ist eine Verpflichtung zum Schutz der jahrhundertealten christlichen Kulturerbestätten, die 2023 von Aserbaidschan eingenommen wurden. Viele davon wurden laut einer Analyse von Satellitenbildern und anderen Untersuchungen einer Menschenrechtsorganisation erheblich beschädigt oder sogar zerstört.

Das Abkommen würde die Länder zwar verpflichten, Fälle von vermissten Personen und Verschleppungen „anzugehen“ – möglicherweise ein Hinweis auf die vielen armenischen Geiseln, die noch immer von Aserbaidschan festgehalten werden –, aber es enthält keine Verpflichtung zu ihrer vollständigen Rückkehr, wie sie Menschenrechtsaktivisten seit langem fordern.

Aserbaidschan hat im September 2023 nach jahrelanger militärischer Aggression die große armenische Enklave Bergkarabach erobert. Zwar betreiben beide Länder geografisch aneinander gebundene Enklaven, doch Bergkarabach war ein besonders sensibler Streitpunkt und beherbergt viele alte christliche Kulturerbestätten.

Viele dieser Kulturerbestätten wurden seit der Übernahme der Kontrolle über das Gebiet durch Aserbaidschan geschändet. Satellitenbilder und Forschungsanalysen deuten darauf hin, dass seit Beginn der Militäroffensive im Jahr 2021 Dutzende von Stätten zerstört oder in Moscheen umgewandelt wurden.

Armenien liegt zwischen Aserbaidschan im Osten und der Türkei im Westen. Die beiden Länder unterhalten seit langem enge Beziehungen, die durch eine gemeinsame türkische Ethnizität, die Vorherrschaft des Islam in ihrer Bevölkerung und wirtschaftliche Interessen geprägt sind. Mehrere große Pipelines transportieren erhebliche Mengen an Öl und Erdgas in die Türkei und durch die Türkei, wobei sie Russland umgehen und Aserbaidschan zu einem wichtigen Wirtschaftspartner für Europa machen, insbesondere angesichts der Spannungen aufgrund des Krieges Russlands in der Ukraine.

Diese wirtschaftlichen Beziehungen haben es Aserbaidschan ermöglicht, Armenien auf eine Weise anzugreifen, die zuvor unvorstellbar gewesen wäre. Von 2000 bis 2014 war Aserbaidschan Jahr für Jahr die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft der Welt, was es dem Land ermöglichte, fortschrittliche Waffensysteme zu erwerben und Armenien militärisch in den Schatten zu stellen.

Die Pipelines scheinen das Land auch geopolitisch ermutigt zu haben – nur wenige Monate nach der Fertigstellung des jahrzehntelangen Projekts zum Bau eines Gaskorridors von Aserbaidschan nach Europa im Jahr 2020 startete es einen Angriff auf Armenien, um Bergkarabach und die umliegenden Gebiete zu erobern. Obwohl dieser Angriff erfolglos blieb, gelang Aserbaidschan dies während seines Blitzkriegs im September 2023.

Im Gespräch mit ICC kritisierte ein Armenien-Experte die gemeinsame Erklärung als Vertuschung des Völkermords und zeigte sich enttäuscht darüber, dass ein pantürkischer Korridor zwischen der Türkei und Aserbaidschan – ein nicht realisiertes Ziel des Völkermords an den Armeniern von 1915 – als Schritt zur Lösung dargestellt wird.

Ein anderer Analyst äußerte sich besorgt, dass das Abkommen die Bemühungen zur Rettung der von Aserbaidschan festgehaltenen armenischen Geiseln und zum Schutz gefährdeter christlicher Kulturerbestätten untergraben könnte. „Aserbaidschan hat im Korridor nach Nachitschewan ein großes Zugeständnis erhalten“, sagte er, „und musste im Gegenzug nur vage Zusicherungen hinsichtlich der territorialen Souveränität Armeniens machen. Was hat Armenien noch auf dem Verhandlungstisch, um die Rückkehr seiner Bürger und den Erhalt seiner Kulturerbestätten sicherzustellen?“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Bangladesch: Minderheiten befürchten Erfolge von Extremisten bei Wahl

IIRF-D/BA/Tübingen/12.02.26 - Christen in Bangladesch gehören zu den Minderheiten, die vor den für den 12. Februar geplanten Wahlen in Bangladesch Bedenken hinsichtlich eines Anstiegs des Extremismus geäußert haben.

Gläubige berichten, dass seit dem Sturz der ehemaligen Premierministerin Sheikh Hasina im August 2024 Einschüchterungen, gezielte Angriffe und soziale Boykotte zugenommen haben.

Bangladesch ist ein dynamisches und dicht besiedeltes südasiatisches Land mit einem reichen kulturellen Erbe und einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung. Trotz bedeutender wirtschaftlicher Fortschritte in den letzten Jahren geben anhaltende politische Spannungen und soziale Herausforderungen weiterhin Anlass zur Sorge um die Sicherheit religiöser Minderheiten.

Diese unterschweligen Spannungen werden mit dem Herannahen der nationalen Wahlen in Bangladesch besonders deutlich; religiöse Minderheiten berichten von zunehmender Angst und Unsicherheit.

In den letzten 18 Monaten waren Minderheiten, darunter Christen und Hindus, sporadischen Angriffen, Morden und Zerstörungen von Eigentum ausgesetzt. Viele dieser Vorfälle haben Erinnerungen an vergangene Wahlgewalt wiederbelebt und die Gemeinschaften in Angst um ihre Sicherheit versetzt.

„Wir leben in ständiger Angst“, sagte ein christlicher Lehrer in Dhaka, der anonym bleiben wollte.

„Kirchen werden beobachtet, an Wänden erscheinen Warnungen, und Familien haben Angst, sich frei zu bewegen. Es fühlt sich an, als müssten wir uns selbst schützen.“

Ende 2025 wurden zwei Kirchen und eine christliche Schule mit improvisierten Bomben angegriffen. Obwohl niemand verletzt wurde, lösten die Explosionen Panik aus. Die Polizei beschrieb die Vorfälle als Versuche, die Gemeinde einzuschüchtern, obwohl keine Gruppe die Verantwortung dafür übernahm.

Ländliche Gebiete sind besonders gefährdet. Im Dorf Tetulia im Bezirk Satkhira protestierten christliche Familien gegen wiederholte Übergriffe durch lokale Mobs. „Etwa 50 Menschen kamen mit Stöcken und scharfen Waffen“, sagte der Einwohner Sabuj Goldar. „Wir sind Bürger dieses Landes. Warum sollten wir keine Gerechtigkeit erfahren?“

Die christliche Gemeinschaft in Bangladesch zählt etwa 500.000 Menschen und macht weniger als ein Prozent der Bevölkerung aus.

Pastoren berichten, dass Konvertiten aus dem Islam oder Stammesgemeinschaften den größten Risiken ausgesetzt sind, und verweisen auf geplünderte Häuser, niedergebrannte Kirchen und Druck auf Familien, ihrem Glauben abzuschwören.

„Im Moment leben wir ruhig und vorsichtig“, sagte ein Pastor aus dem Norden Bangladeschs. „Aber Glaube sollte nicht Angst bedeuten. Wir wollen nur in Würde und unter gleichem Schutz vor dem Gesetz leben.“

Während die Übergangsregierung unter Muhammad Yunus behauptet, dass ein Großteil der Gewalt politisch motiviert sei, sind Minderheiten anderer Meinung. Hinduistische Organisationen haben seit August 2024 Tausende von Angriffen dokumentiert und damit einen allgemeinen Trend der Bedrohung religiöser Minderheiten aufgezeigt.

Sukumar Pramanik, ein hinduistischer Lehrer aus Rajshahi, etwa 155 Meilen von Dhaka entfernt, berichtete, wie ein Mob aus seinem Dorf ihn und andere in Bidyadharpur angriff, ihm die Hand brach und ihn ins Krankenhaus brachte. „Ich stand vor dem Mob und glaubte, sie würden mich kennen und mich nicht angreifen“, sagte er. „Sie brachen mir die Hand – aber mehr noch, sie brachen mir das Herz und mein Vertrauen.“

Solche persönlichen Erfahrungen spiegeln die allgemeine Unsicherheit wider, die Minderheiten im ganzen Land empfinden.

Neben den Spannungen innerhalb der Gemeinschaft sind sich Minderheiten sehr bewusst, dass eine Zehn-Parteien-Koalition unter der Führung der islamistischen Partei Jamaat-e-Islami an die Macht kommen könnte.

Die Jamaat-e-Islami war zuvor unter der Regierung von Hasina verboten. Sie und mindestens vier weitere Parteien der Koalition sind bestrebt, islamische Prinzipien in die Regierung von Bangladesch zu integrieren.

„Als islamische Organisation“, sagte Saïd Uddin Ahmed Khandaker, ein Kandidat einer dieser Parteien, der Khelafat Majlis, „ist es unser Ziel, schrittweise zu einem auf der Scharia [islamischem Recht] basierenden System überzugehen.“

Shafiqur Rahman ist der Vorsitzende der Jamaat-e-Islami, einer islamistischen Partei, die von 2013 bis Mitte 2025 verboten war [Bildnachweis: Press Information Department of Bangladesh].

„Eine solche Transformation kann nicht erzwungen werden“, fuhr er fort. „Jede grundlegende Veränderung muss durch kollektive öffentliche Zustimmung und Massenbeteiligung zustande kommen.“

Dies ist eine abgeschwächte Version der Vision, die im Mai 2025 vom gemeinsamen Generalsekretär der islamistischen Interessengruppe Hefazat-e-Islam dargelegt wurde, der sich zuversichtlich zeigte, nach der Wahl die Scharia einführen zu können.

„Alles wird sich am Koran orientieren“, sagte Mamunul Haque. „Wir fordern die Todesstrafe für diejenigen, die sich gegen Allah aussprechen, das Ansehen des Propheten beschädigen und Muslime beleidigen“, sagte Haque. „In dieser Hinsicht gibt es keinen Verhandlungsspielraum.“

Während Bangladesch sich auf die Wahlen vorbereitet, stehen Minderheiten vor der schwierigen Entscheidung, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen und gleichzeitig neue Unruhen zu befürchten. Die bevorstehenden Wahlen werden nicht nur ein Test für den politischen Wandel sein, sondern auch dafür, ob die Rechte und die Sicherheit benachteiligter Gemeinschaften wirklich geschützt werden.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/concerns-raised-by-christians-and-other-minorities-ahead-of-bangladesh-e/>

Deutschland: Kongress „Freiheit 2026“ zu Menschenhandel und sexueller Ausbeutung

Veranstaltung in Schwäbisch Gmünd ruft zu gesellschaftlichem Engagement auf

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Menschenhandel zählt zu den größten Tragödien unserer Zeit. Darauf macht der Kongress „Freiheit 2026 – Gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung“ aufmerksam, der vom 26. bis 29. April im Christlichen Gästezentrum Schönblick in Schwäbisch Gmünd stattfinden wird. Die viertägige Veranstaltung bringt laut der [Internetseite](#) Politiker, Fachleute aus Praxis und Wissenschaft sowie Betroffene zusammen. Zu den Referenten zählen unter anderen die Leiterin des christlichen Hilfswerks „Mission Freedom“, Gaby Wentland (Hamburg), der ehemalige Co-Vorstand der Evangelischen Allianz in Deutschland, Frank Heinrich (Chemnitz), sowie der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Gehring (Schorndorf). Gemeinsam wollen sie Ursachen, Strukturen und Folgen von Menschenhandel beleuchten und konkrete Lösungsansätze entwickeln. Nach Angaben der Veranstalter sind weltweit Millionen Menschen von moderner Sklaverei betroffen. Gewalt, Ausbeutung und Perspektivlosigkeit prägten das Leben vieler Opfer. Der Kongress richtet sich den Angaben zufolge an alle, die nicht wegsehen, sondern aktiv gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung eintreten wollen. Ziel des Kongresses ist es, Verantwortung zu übernehmen und Hoffnung zu vermitteln. Veranstalter des Kongresses sind das Bündnis „Gemeinsam gegen Menschenhandel“, die Evangelische Allianz in Deutschland, die Organisationen „Mission Freedom“, „Aktion Hoffnungsland“ und „return“ sowie das christliche Gästezentrum „Schönblick“. Die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA ist Medienpartner.

Deutschland: Lebensschützer bei Angriff verletzt

Koblenz: Abtreibungsbefürworter attackierten Gebetsmahnwache

Koblenz (IDEA) – Bei einem Angriff von Abtreibungsbefürwortern sind vier Teilnehmer einer Gebetsmahnwache für das Lebensrecht ungeborener Kinder in Koblenz verletzt worden. Das teilte die Polizei Koblenz mit. Vier Männer hätten die angemeldete Kundgebung mit zehn Teilnehmern in der Innenstadt von Koblenz angegriffen und unter anderem ein mitgeführtes Banner heruntergerissen. Die Polizei habe weitere Auseinandersetzungen unterbunden und drei Angreifer vorübergehend festgenommen. Sie seien nach dem Ende der Kundgebung wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Veranstalter der Gebetsmahnwache war die „Aktion SOS Leben“ der Deutschen Vereinigung für eine Christliche Kultur (DVCK/Frankfurt am Main). Sie erklärte auf ihrer Internetseite, bei den Angriffen habe es sich um Linksradikale gehandelt. Sie hätten Teilnehmer der Mahnwache geschlagen, getreten und mit Gegenständen beworfen. Bei der Auseinandersetzung habe einer der Lebensrechtler ein Schädel-Hirn-Trauma und eine Prellung an der Hand erlitten. Ein weiterer Teilnehmer sei am Kiefer verletzt worden. Beide mussten im Krankenhaus behandelt werden. Die DVCK hat eine [Internetpetition](#) gestartet, die sich an Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) wendet mit dem Aufruf: „Stoppen Sie den Terror und die Hetze gegen Lebensrechtler.“

DR Kongo: Islamistischer Terror scheint sich auszubreiten

IIRF-D/BA/Tübingen/12.02.26 - Mindestens 24 Christen wurden getötet, als islamistische Militante am 6. Februar neue Angriffe im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) verübten.

Die Islamische Provinz Zentralafrika (ISCAP) bekannte sich zu dem Massaker an „21 Christen ... Lob sei Allah“ sowie zur Brandstiftung an 20 Häusern im Bezirk Lubero in der Provinz Nord-Kivu.

In einem separaten Beitrag in den sozialen Medien feierten die Terroristen die Ermordung von drei Christen „mit Maschinengewehren“ in der Stadt Beni, ebenfalls in Nord-Kivu.

Beni ist derzeit die Provinzhauptstadt von Nord-Kivu, da die vorherige Provinzhauptstadt Goma weiterhin von der von Ruanda unterstützten M23-Bewegung kontrolliert wird.

Die M23 und die ISCAP gehören zu den vielen bewaffneten Gruppen, die für Massenmorde, Entführungen, sexuelle Gewalt und Vertreibungen im Nordosten der DRK verantwortlich sind.

In einem kürzlich veröffentlichten Video verurteilte einer der Anführer der ISCAP, Bonge La Chuma, die M23-Rebellen als „Ungläubige“ und betonte das Ziel der ISCAP, in der DR Kongo die Scharia (islamisches Recht) einzuführen.

Im Juli 2025 forderten die Islamisten, dass Christen entweder zum Islam konvertieren oder den Status als Dhimmi (unterworfenen Menschen) akzeptieren und die Jizya-Steuer an ihre Eroberer zahlen müssen.

„Die Christen Afrikas sollen wissen“, erklärte die Gruppe, „dass es für sie keine Sicherheit gibt außer durch den Islam oder die Jizya.“

ISCAP (früher bekannt als Allied Democratic Forces, ADF) hat seit der Eskalation der Gewalt gegen christliche Gemeinschaften im Dezember 2024 die Ermordung von mehr als 800 Christen im Nordosten der DR Kongo für sich beansprucht.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/at-least-24-christians-dead-as-islamist-violence-continues-to-blight-d-r/>

Iran: 47 Jahre Mullah-Regime - IGFM prangert fortgesetzten Terror an

Menschenrechtsorganisation fordert Gespräche mit der demokratischen Opposition

Frankfurt am Main/Teheran (IDEA) – Zum 47. Mal jährt sich der Beginn der Verfolgung, des Terrors und der Hinrichtungen durch die totalitäre Führung der Mullahs im Iran. Darauf weist die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM/Frankfurt am Main) hin und prangert den „fortgesetzten Terror“ angesichts der aktuellen Lage im Land an. Am 11. Februar 1979 endete die Herrschaft des Schahs in Iran durch die Islamische Revolution. Seitdem haben islamische Geistliche die Macht im Land. Seit dem Tod seines Vorgängers Ruhollah Khomeini im Juni 1989 ist Ayatollah Ali Khamenei der oberste Führer. Die IGFM verweist auf die brutale Gewalt des Regimes gegen die protestierende Bevölkerung in den vergangenen Wochen. Im Zuge von Massenprotesten seien Zehntausende Menschen, darunter auch Kinder, gezielt erschossen, verletzt oder verschleppt worden. Frauen seien Opfer von Vergewaltigungen geworden. Familien müssten die Leichen ihrer Angehörigen „freikaufen“. Die Organisation fordert die internationale Staatengemeinschaft auf, sich klar an die Seite der demokratischen Opposition zu stellen und mit ihr Gespräche zu führen. Der Sprecher des Vorstands der IGFM, Valerio Krüger, mahnt: „Es ist ein absolutes Grauen, was sich fortsetzen wird, wenn die demokratischen Staaten dieser Welt dem iranischen Volk im Schrei nach Freiheit nicht beistehen.“ Das Regime besitze keine Legitimation, so die IGFM.

Iran: Bericht zur Menschenrechtsslage

Interne Unsicherheit wächst: Tausende Verhaftungen und brutale Verschärfung der Strafen für politische Gegner

(IGFM) vor 37 Tagen starteten die landesweiten Proteste im Iran – und die Menschenrechtsslage verschärft sich weiter. Trotz internationaler Kritik setzen die **Behörden der Islamischen Republik Iran ihre Repression gegen die eigene Bevölkerung unvermindert fort**. Gleichzeitig bleiben Internetzugang und soziale Netzwerke stark eingeschränkt.

Die Zahl der Todesopfer steigt kontinuierlich. Nach aktuellen Daten wurden **mindestens 6.854 Todesfälle bestätigt, darunter 152 Kinder**. Weitere Quellen gehen von deutlich höheren Zahlen aus, der Guardian berichtet von über 30.000 Toten. Hinter diesen Zahlen stehen Einzelschicksale vieler junger Menschen, die während der Proteste getötet wurden.

Auch die willkürlichen Festnahmen nehmen zu: **Über 50.000 Menschen sollen inzwischen inhaftiert worden sein**, darunter Minderjährige, Studierende und Angehörige von Minderheiten. Viele Familien erhalten keinerlei Informationen über den Verbleib ihrer Angehörigen. **Besonders alarmierend sind Berichte über drohende Hinrichtungen**, etwa im Fall des 22-jährigen Ashkan Talebi.

Die Situation im Iran ist von Angst, Unsicherheit und systematischer Unterdrückung geprägt. **Umso wichtiger ist es, weiter hinzusehen und den Betroffenen eine Stimme zu geben**. Wir sind erfreut, dass die EU es nach Jahren nun endlich geschafft hat, **die Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) als Terrororganisation zu listen**. Jetzt müssen die damit verbundenen Schritte aber auch konsequent umgesetzt werden, auch hier ist unser Auftrag noch nicht vorbei.

IGFM schreibt: Übersicht der aktuellen Lage, wir appellieren auch an Sie, liebe Leserinnen und Leser, bitte unterstützen Sie die Menschen in Iran mit ihrer Solidarität und machen Sie in ihren Kreisen darauf aufmerksam, welche Grauen sich dort aktuell abspielen.

von Valerio

Israel: Umweltkatastrophe verhindert

Infizierter Zitronensetzling nach Israel geschmuggelt

(Von Israelnetz/11. Februar 2026) Zollbeamte am Ben-Gurion-Flughafen haben am Dienstag einen Zitronenbaumsetzling aus Thailand beschlagnahmt. Er war Träger der Krankheit HLB, deren Bakterien weltweit Zitrusheine vernichten und einen jährlichen Schaden von 10 Milliarden US-Dollar anrichten. Das Landwirtschaftsministerium hat einen Verteidigungsplan und investiert hohe Summen, um zu verhindern, dass die Erkrankung von Zitrusbäumen nach Israel gelangt. Ein Bewohner aus Holon hatte versucht, die Pflanze einzuschmuggeln. Er wurde bereits zuvor beim Schmuggeln erwischt und muss sich auf rechtliche Konsequenzen einstellen. (mh)

Jemen: Verhaftungswelle gegen christliche Minderheit

Open Doors spricht von über 50 Festgenommenen

Kelkheim/New York (IDEA) – Im Jemen ist es zu einer Verhaftungswelle gegen die christliche Minderheit gekommen. Laut dem überkonfessionellen Hilfswerk Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main) wurden seit Beginn des Jahres über 50 Christen festgenommen. Ihr Aufenthaltsort sei nicht bekannt. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (New York) haben die dortigen Huthi-Rebellen in den letzten drei Monaten willkürlich über 20 Christen verhaftet. Der Jemen- und Bahrain-Experte der Organisation, Niku Jafarnia, erklärte: „Anstatt die alarmierende Hungersnot im Jemen zu bekämpfen, scheinen die Huthi-Rebellen nur zu wissen, wie man Menschen festnimmt und inhaftiert.“ Er rief die Rebellen auf, die Inhaftierungen von Menschen, darunter die Mitglieder der marginalisierten christlichen Gemeinschaft, einzustellen und dafür zu sorgen, dass alle Bewohner in ihrem Gebiet ausreichend Zugang zu Nahrung und Wasser haben. Human Rights Watch und Open Doors berufen sich auf Angaben von Kontaktpersonen im Jemen. Laut Open Doors hat sich die Verfolgung der Christen im Jemen intensiviert. Die einheimische Kirche bestehe überwiegend aus Konvertiten muslimischer Herkunft. Sie müssten ihren Glauben im Verborgenen praktizieren. Der Jemen steht im Weltverfolgungsindex des Werkes auf Platz drei der Länder, die Christen am stärksten verfolgen. Im Jemen tobt seit 2014/2015 ein Bürgerkrieg. Hauptkonfliktparteien sind die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen, die weite Teile im Nordwesten kontrollieren, und eine von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition, die die international anerkannte Regierung unterstützt. Schätzungen zufolge leben etwa 70 Prozent der Jemeniten in den von den Huthi kontrollierten Gebieten, die rund ein Drittel des Landes ausmachen. Nach Angaben der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit ist die Zahl der Christen im Jemen aufgrund der Flucht vor dem Krieg auf wenige Tausend geschrumpft. Davor hätten schätzungsweise 41.000 Christen im Land gelebt.

Mexiko: Pastor wegen Verweigerung an katholischem Ritual inhaftiert

ICC-Nachrichten - In einem Dorf im süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca wurde ein Pastor verhaftet und aus seiner Gemeinde vertrieben, weil er sich geweigert hatte, sich vor der Statue eines Heiligen zu verneigen.

Im November 2025 willigte der protestantische Pastor Mariano Velásquez Martínez widerwillig ein, einer der „Mayordomos“ der Gemeinde zu werden, also der Aufseher religiöser Feste. Die örtlichen Katholiken versprachen ihm, dass er von der Teilnahme an katholischen Festen befreit sein würde und nur die Kerzen und Blumen für die Feier bereitstellen müsse.

Am 15. Januar wurde der Pastor aufgefordert, während eines Festes zu einem Bildnis des Heiligen Jakobus zu beten. Als er sich weigerte, meldete ihn ein anderer Mayordomo den örtlichen Behörden, die ihn verhafteten.

Nach fünf Tagen fesselten Beamte ihn mit einem Seil, führten ihn vor 180 Männern – darunter sein Onkel und sein Cousin – und verbannten ihn aus der Gemeinde. Sie zwangen ihn, ein Dokument zu unterschreiben, in dem er seine Abreise erklärte. Da er keine eigene Kopie davon hat, befürchtet Martínez, dass die Geschichte erfunden wurde, um ihn als freiwillig abgereist darzustellen.

Der Pastor, seine Frau und ihr drei Monate altes Baby leben nun vorübergehend bei Verwandten in Oaxaca-Stadt. Er lässt seine Mutter, vier Brüder und eine 25-köpfige Gemeinde, die Iglesia Camino Nuevo y Vivo, zurück.

Der römische Katholizismus ist die vorherrschende Religion in Mexiko, aber in ländlichen Gebieten praktizieren viele eine Form des Christo-Heidentums.

Die Gemeinden verbinden alte heidnische und römisch-katholische Traditionen und bringen diese durch Rituale und Feste zum Ausdruck. Vor allem im Süden kommt es häufig vor, dass Christen aus diesen Gemeinden ausgegrenzt oder zur Flucht gezwungen werden.

Der Fall von Martínez ist kein Einzelfall, und es ist nicht das erste Mal, dass ein Pastor seiner Kirche zum Verlassen gezwungen wurde. Im Jahr 2023 wurde der vorherige Pastor der Iglesia Camino Nuevo y Vivo von lokalen Beamten ausgewiesen. Solidarity Worldwide erklärte: „Der Bundesstaat Oaxaca hat eine der höchsten Zahlen an Verstößen gegen die Religions- und Glaubensfreiheit im Land.“

Porfirio Flores Zúñiga, Rechtsanwalt und Vertreter der Fellowship of Pastors, reichte eine Beschwerde bei der Menschenrechtsorganisation Defense of Human Rights of the People of Oaxaca ein und forderte sie zum Handeln auf. Bis zum 19. Januar haben sich die Behörden noch nicht mit der Angelegenheit befasst.

Die Direktorin für Advocacy bei CSW, Anna Lee Stangl, forderte die mexikanische Regierung auf, sich für die Rehabilitierung des Pastors einzusetzen und das Recht auf Religionsfreiheit zu schützen.

„Wir fordern die Regierung von Oaxaca auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Verantwortlichen für die Zwangsumsiedlung dieser Familie vor Gericht zu stellen“, sagte sie, „und Schritte zu unternehmen, um deutlich zu machen, dass die Religions- und Glaubensfreiheit für alle gewahrt werden muss.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Moldau: Land mit großen Wunden

Die kleine Republik Moldau ist das ärmste Land Europas. Was das für die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung bedeutet und was die dortigen Kirchen dagegen tun, schildert Magdalena Schupelius für IDEA.

(IDEA) „Wir sind ein kleines Land mit großem Herzen – und eins mit großen Wunden.“ So beschreibt Adrian Blajinschi seine geliebte Heimat. Er ist Pastor der Baptistengemeinde in Strășeni, einer Kleinstadt im Herzen Moldaus. Wir treffen ihn im hellen Neubau seines Gemeindezentrums. Unweit des Gotteshauses durchbrechen Plattenbauten die optische Idylle der schneebedeckten Felder und Obstplantagen.

Kalte Wohnungen

In einem der Häuser lebt Tatiana. Die 21-Jährige hatte eine bewegte Kindheit, lebte zeitweise in Russland und musste dort betteln. Zur Schule ging sie nur unregelmäßig. In der Dreizimmerwohnung leben neben ihrer Mutter Elena und ihrem Stiefvater fünf weitere Verwandte. Es ist kalt in den überfüllten Räumen, denn die Heizung ist kaputt. Dabei zahlt die Familie einen großen Teil ihres Einkommens für die Miete. Der durchschnittliche Brutto-Monatslohn in Moldau liegt derzeit bei umgerechnet 780 bis 880 Euro. Angesichts der vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten, reicht das oft nur für das Nötigste.

Land ohne Erwachsene

Das erklärt auch, warum viele Erwachsene ins Ausland gehen, um dort zu arbeiten. Auch Tatianas Tante entschied sich für diesen Schritt. Ihre beiden Söhne zieht Elena auf. Nur unregelmäßig schicke ihre Schwester Geld, klagt sie. „So geht es vielen“, berichtet Adrian Blajinschi. Die demografische Lage in Moldau sei dramatisch. Fast die Hälfte der Bevölkerung habe das Land durch Abwanderung verloren. Zurück bleiben ihre Kinder. Viele wachsen bei den Großeltern oder anderen Angehörigen auf, während die Eltern im Ausland Geld verdienen. Nicht immer kommt das bei den Familien in der Heimat an. Armut und Verzweiflung sind die Folge. 60 Prozent der Ehen überlebten diesen Lebenswandel nicht, so der Pastor.

Baptistenkirchen als sozialer Anker

Die Baptistenkirchen in Moldau, der größte freikirchliche Zusammenschluss des Landes, sind in der Not zu einem wesentlichen sozialen Anker geworden. Rund 480 Gemeinden und Gruppen zählt der Verbund. Die Mitgliederzahl liegt bei über 20.000 Personen, die Zahl der Gottesdienstbesucher liegt deutlich höher – Tendenz steigend. Das liegt auch an ihrem unermüdlichen Einsatz. Tatiana hat in der Kirche von Blajinschi ihre geistliche Heimat durch eine Veranstaltung der Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“ gefunden. Anschließend besuchte die damals Zwölfjährige einen Glaubenskurs, bei dem sie auch lesen und schreiben lernte. Mittlerweile singt die angehende Friseurin im Kirchenchor und leitet Kindergruppen. Solche Positivbeispiele sprechen sich herum: „Manchmal kommen Eltern zu mir und sagen: Macht mit meinem Kind, was ihr mit dem Nachbarskind gemacht habt“, erzählt der Pastor lachend.

Mit Energie und Zuversicht gegen die Not

Die Lebensbedingungen auf dem Land sind besonders hart. Hier haben die Häuser teilweise nicht einmal Wasseranschluss. Christen verteilen warmes Essen und Brennholz an die Dorfbewohner. Fahrdienste ermöglichen Senioren den Einkauf und Kirchenbesuch. Dabei sind die lokalen Baptistengemeinden selbst nicht reich: So finden die Gottesdienste in Călinești nahe Strășeni in einem Zelt statt, weil das Geld für ein Gebäude fehlt. Doch über solche Widrigkeiten lachen Ehrenamtliche wie Anghelina Toporet oft nur. Wir treffen die 20-jährige Pastorentochter in der kleinen Ortschaft als sie die letzte Kinder-Bibelgruppe nach Hause schickt. Trotz einem langen Tag in der Kälte strahlt sie Energie und Zuversicht aus. Voller Überzeugung erklärt sie: „Gott liebt dieses Land. Er öffnet Türen, auch wenn unsere Hände manchmal müde sind.“

Myanmar: 21 von 22 Kirchen seit dem Staatsstreich 2021 zerstört

ICC-Nachrichten - Am 30. Januar veröffentlichte das Burma Research Institute (BRI) einen erschütternden Bericht, in dem zerstörerische Angriffe, Morde und Schikanen gegen Christen und Kirchengebäude seit dem Militärputsch im Jahr 2021, durch den das Militär gewaltsam die Kontrolle über Myanmar übernommen hatte, detailliert beschrieben werden.

Der Bericht konzentriert sich auf die Verfolgung von Christen in den Bundesstaaten **Chin, Kachin, Karenni und Karen** sowie in der Region Sagaing in Myanmar. Der Vorstandsvorsitzende des BRI, Rev. Dr. Robin Stoops, sagte, der neueste Bericht des Burma Research Institute dokumentiere das anhaltende Trauma, dem christliche Gemeinschaften in Burma ausgesetzt sind, da die Verfolgung durch die Militärjunta weitergeht.

Zu den wichtigsten Ergebnissen gehören:

21 von 22 Kirchen in der mehrheitlich christlichen Stadt Thantlang wurden zerstört, und die Bevölkerung der Stadt wurde seit 2021 vertrieben.

Mehr als 340 Kirchen und christliche Gebäude wurden zerstört.

Von 2022 bis 2025 wurden 149 Christen getötet und 218 inhaftiert (laut Daten von Open Doors).

Ein namentlich nicht genannter Kirchenführer, der noch immer in Myanmar lebt, berichtete eindrucksvoll, dass die Gläubigen jetzt in Dschungeln, abgelegenen Gebieten und informellen Unterkünften verstreut leben und unter ständiger Bedrohung und Unsicherheit darum kämpfen, ihren Glauben und ihr Gemeinschaftsleben zu bewahren.

Dennoch entschieden sich die meisten christlichen Pastoren und Führer in einem außergewöhnlichen Zeugnis pastoralen Engagements dafür, bei ihrem Volk zu bleiben. Sie teilen weiterhin dessen Leiden, spenden geistlichen Trost und verkörpern Hoffnung inmitten der Verzweiflung.

„Wir brauchen Ihre Gebete, um Burma von religiöser Verfolgung zu befreien“, sagte ein Mitarbeiter von International Christian Concern. „Bitte beten Sie weiterhin für die Christen in Myanmar, die gefährlichen Angriffen, Vertreibung und der anhaltenden autoritären Herrschaft der Militärdiktatur ausgesetzt sind.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org



Nicaragua: Pastor aus der Haft entlassen

Die IGFM und IDEA hatten ihn als „Gefangenen des Monats Oktober 2025“ benannt

Managua (IDEA) – Ein evangelischer Pastor in Nicaragua ist aus der Haft entlassen worden. Er steht aber zusammen mit fünf weiteren Christen unter Hausarrest. Das berichtete die internationale christliche Nachrichtenplattform „Worthy News“ (Nashville/US-Bundesstaat Tennessee) am 5. Februar. Es handelt sich um Rudy Palacios Vargas. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten ihn im Oktober 2025 als „[Gefangenen des Monats](#)“ benannt und dazu aufgerufen, in Briefen an den Präsidenten von Nicaragua, Daniel Ortega, seine Freilassung zu fordern. Vargas ist Gründer der kirchlichen Gemeinschaft „La Roca de Nicaragua“ (Der Fels von Nicaragua), der 2019 die rechtliche Zulassung entzogen wurde. Er war am 17. Juli 2025 in Jinotepe, der Hauptstadt des Bezirks Carazo im Südwesten des Landes, zusammen mit anderen Christen festgenommen worden. Laut der Hilfsorganisation „Voice of the Martyrs Canada“ (Stimme der Märtyrer) war der Pastor fast sechs Monate ohne formelle Anklage inhaftiert, bevor er am 10. Januar freigelassen wurde. Während seiner Zeit im Gefängnis starb ein mitinhaftierter Christ, Mauricio Alonso Petri. Dessen Tod in Haft hat bei christlichen Aktivisten neue Besorgnis ausgelöst, wie die sozialistischen Machthaber um Präsident Ortega mit Christen umgehen. Von den rund sieben Millionen Einwohnern Nicaraguas sind etwa 50 Prozent römisch-katholisch und 33 Prozent evangelisch.

Nigeria: Entführte Christen aus Kurmin Wali befreit

Bewaffnete hatten sie im Januar aus zwei Gottesdiensten verschleppt

Kaduna (IDEA) – In Nigeria sind die mindestens 163 im Januar entführten Christen wieder frei. Bewaffnete Kämpfer hatten sie am 18. Januar in [Kurmin Wali](#) (Bundesstaat Kaduna) aus zwei Gottesdiensten verschleppt. Anfangs bestritten die lokale Verwaltung und die Polizei des Bundesstaates die Entführung, bestätigten sie dann doch. Auch bei der Zahl der Entführten gibt es unterschiedliche Angaben: Die meisten Medien berichten von 163 Opfern, die nigerianische Nachrichtenplattform punch hingegen von 183. Laut punch waren die Christen im Rahmen einer koordinierten Operation unter Beteiligung der Regierung von Kaduna, des Büros des Nationalen Sicherheitsberaters und des Staatssicherheitsdienstes befreit worden. Gegenüber dem Portal berichtete eine der Betroffenen, dass die Entführten unmittelbar nach dem Angriff gezwungen worden seien, sechs Tage lang durch dichten Wald zu marschieren. Besonders schlimm sei die Grausamkeit gegenüber den Kindern gewesen. „Sie schlugen uns, auch unsere Kinder, vor allem, wenn die Kinder weinten“, sagte sie. Der Leiter der Nordregion der Christlichen Vereinigung von Nigeria (CAN), Pastor Joseph Hayab (Kaduna), zeigte sich erleichtert über die sichere Freilassung der entführten Gläubigen und dankte dem Gouverneur Uba Sani. Er habe sein Versprechen gehalten, die Freilassung der Verschleppten sicherzustellen.

Rädelsführer von Massaker an Christen angeklagt

Auch im Zusammenhang mit dem Massaker im mehrheitlich von Christen bewohnten [Yelwata](#) (Bundesstaat Benue) gibt es gute Nachrichten. Wie das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors berichtet, sind neun mutmaßliche Rädelsführer vor dem Bundesgerichtshof in der nigerianischen Hauptstadt Abuja angeklagt worden. Am 13. Juni 2025 hatten bewaffnete Männer die Ortschaft gestürmt, Gebäude in Brand gesetzt und schlafende Familien sowie Binnenvertriebene getötet. Viele der Flüchtlinge hatten nach vorhergehenden Angriffen auf ihre eigenen Dörfer in Yelwata Zuflucht gesucht. Überlebende berichteten, dass die Angreifer die Fliehenden gezielt getötet hätten. Überdies hätten die Täter „Allahu akbar“ (Gott ist groß) gerufen. Laut Open Doors klagte die Staatsanwaltschaft nun die neun Männer in 57 Punkten des Terrorismus an. Den Gerichtsdokumenten zufolge trafen sie sich im Vorfeld der Tat im benachbarten Bundesstaat Nasarawa, um Geld zu beschaffen, Anweisungen zu erteilen und Kämpfer zu rekrutieren. Einige sollen Sturmgewehre geliefert, die Bewaffneten unterstützt oder sichere Orte für die Planung bereitgestellt haben. Die Angeklagten plädierten auf „nicht schuldig“.

Ein wichtiger Präzedenzfall

Open Doors bewertet das Verfahren als einen wichtigen Schritt gegen die weit verbreitete Straflosigkeit bei Angriffen auf Christen in Nigeria. Dazu heißt es in einer Mitteilung: „Wir begrüßen die Maßnahmen der nigerianischen Regierung zur Einleitung von Ermittlungen und fordern die Behörden nachdrücklich auf, dies zu einem Präzedenzfall zu machen, um Gewalt und die weit verbreitete Straflosigkeit dauerhaft einzudämmen.“ Das Massaker von Yelwata sei kein Einzelfall. Die Details der Anklage zeigten, „dass diese Morde koordiniert und vorsätzlich waren“ und es sich nicht um sporadische Zusammenstöße zwischen verschiedenen Gemeinschaften gehandelt habe. Nigeria belegt auf dem Weltverfolgungsindex Rang sieben der Länder, die Christen am stärksten verfolgen. Es ist mit über 230 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Etwa jeweils 46 Prozent der Bevölkerung sind Christen oder Muslime.

Nigeria: Mord, Entführung und Befreiung

IIRF-D/BA/Tübingen/12.02.26 - Bei einem Angriff auf den Verwaltungsbezirk Kauru (LGA) im Bundesstaat Kaduna, Nigeria, in den frühen Morgenstunden des 7. Februar wurden drei Menschen getötet und elf von unbekanntem Bewaffneten entführt.

Unter den Entführten befand sich auch Nathaniel Asuwaye, der Pfarrer der Holy Trinity Church in Karku.

Der Angriff richtete sich gegen seinen Wohnsitz und folgte damit dem Trend, Kirchenführer in vielen Teilen des Nordens und des Middle Belt Nigerias zu entführen.

Entführungen von Kirchenführern und anderen Christen durch Islamisten und kriminelle Banden sind an der Tagesordnung.

Die Identität der Angreifer ist noch nicht bestätigt, aber Anwohner beschrieben sie als Terroristen.

Die LGA Kauru grenzt an die LGA Kajuru, wo am Sonntag, dem 18. Januar, 183 Menschen aus drei Gottesdiensten und der Umgebung entführt wurden. Alle 183 sind inzwischen nach tagelangen Gewaltmärschen wieder frei. In den ersten Tagen nach Entführung hatten die Behörden diese abgestritten. Inzwischen werden die Entführten medizinisch versorgt.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/three-killed-church-minister-and-three-others-abducted-in-kaduna-state-n/>

Österreich: Mann zündete Kirche an, weil ihm kalt war

Er warf Gesangsbücher in die Gebetskerzen: In Niederösterreich wurde ein Mann wegen Brandstiftung festgenommen.

Am Samstagmittag löschte die Freiwillige Feuerwehr in Bruck an der Leitha (Österreich) einen Kirchenbrand. Dies teilte die [Landespolizeidirektion Niederösterreich](#) mit. Der Pfarrer und einige Passanten berichteten demnach, der Beschuldigte habe in der Nebenkapelle der Kirche „Zeitschriften und mehrere Gebets- und [Gesangsbücher](#) in die brennenden Gebetskerzen geworfen, um ein Feuer entstehen zu lassen.“ Den Kerzenständer habe er anschließend mit dem Fuß umgetreten. Das auslaufende Kerzenöl habe den Brandherd vergrößert.

Dem anwesenden Pfarrer und einem Passanten sei es nicht gelungen, das Feuer mit dem Feuerlöscher zu löschen. Sie alarmierten die Feuerwehr. Der 51-jährige Beschuldigte, der sich mit dem Pfarrer in polnischer Sprache verständigen konnte, habe angegeben, „dass er die Kirche anzünden wollte, weil ihm kalt war“.

Der Beschuldigte wurde von den Bediensteten der Polizeiinspektion Bruck an der Leitha vorläufig festgenommen, heißt es. Im Verhör, bei dem auch ein polnischer Dolmetscher anwesend war, habe er ein umfassendes Geständnis abgelegt. Im Anschluss sei er in eine Justizanstalt eingeliefert worden. Eine genaue Schadenssumme sei noch nicht bekannt.

<https://www.jesus.de/nachrichten-themen/mann-zuendete-kirche-an-weil-ihm-kalt-war/>?

Pakistan: Freispruch nach 4 schweren Jahren

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/12.02.26 - Ein Gericht in Pakistan hat zwei katholische Krankenschwestern freigesprochen, die sich fast vier Jahre lang versteckt gehalten hatten, nachdem sie 2021 wegen Blasphemie angeklagt worden waren.

Die Krankenschwester Mariam Lal und die Krankenpflegeschülerin Navish Arooj wurden am 9. April 2021 verhaftet und gemäß Abschnitt 295-B der umstrittenen pakistanischen Blasphemiegesetze angeklagt, die die Schändung des Korans unter Strafe stellen und eine obligatorische lebenslange Freiheitsstrafe vorsehen. Der Fall ging auf eine Beschwerde eines muslimischen Kollegen im Civil Hospital Faisalabad in der Provinz Punjab zurück, der die beiden Frauen beschuldigte, einen Aufkleber mit einer islamischen Inschrift, der an einem Krankenhausschrank angebracht war, beschmutzt zu haben.

Obwohl die beiden Krankenschwestern nach fünf Monaten Haft gegen Kautionsfreilassung wurden, mussten sie sich aus Sicherheitsgründen fast vier Jahre lang versteckt halten, während ein Gericht den Prozess führte.

Der zusätzliche Richter des Gerichts in Faisalabad, Muzaffar Ali Anjum, sprach die beiden Frauen am 29. November frei, doch das Urteil wurde aus Angst um ihre Sicherheit erst kürzlich veröffentlicht. Bei der Freisprechung verwies der Richter auf gravierende Unstimmigkeiten in den Zeugenaussagen und das Fehlen glaubwürdiger Beweise, so Behram Francis, nationaler Koordinator der Rechts- und Rechtsberatungsabteilung der katholischen Menschenrechtsorganisation National Commission for Justice and Peace (NCJP).

„Das Gericht stellte eklatante Widersprüche in der Argumentation der Staatsanwaltschaft fest und entschied, dass die Anklage nicht zweifelsfrei bewiesen worden war“, erklärte Francis gegenüber Christian Daily International-Morning Star News und bezeichnete die Vorwürfe als unbegründet.

Die katholische Hilfsorganisation Aid to the Church in Need (ACN), die die rechtlichen Bemühungen der NCJP unterstützte, gab die Freisprechung bekannt, nachdem die Frist für die Einlegung einer Berufung abgelaufen war.

„Während des gesamten Prozesses waren die beiden Frauen und ihr Anwaltsteam Drohungen von Extremisten ausgesetzt, und die Krankenschwestern konnten während dieser Zeit nicht arbeiten“, erklärte ACN und fügte hinzu, dass die NCJP Faisalabad die Genehmigung erteilt habe, den Fall öffentlich zu machen, sobald die rechtlichen Risiken abgeklungen seien.

Pater Khalid Rasheed Aasi, Direktor der NCJP Faisalabad, sagte, das Urteil sei besonders bedeutsam, da das Gericht selbst die Anklage aufgrund der Beweislage abgewiesen habe.

„In Pakistan zögern Gerichte in Blasphemie-Fällen aufgrund des starken sozialen Drucks und der Sicherheitsrisiken oft, einen Freispruch zu erlassen, und verweisen die Entscheidungen stattdessen an höhere Gerichte“, erklärte Aasi gegenüber ACN. „Die unabhängige und mutige Entscheidung eines Bezirksgerichts in diesem Fall stellt eine seltene und positive Abweichung von der gängigen Rechtspraxis dar.“

Aasi sagte, die Familien der beiden Frauen seien über das Urteil erleichtert, fühlten sich aber weiterhin gefährdet.

„Unser Kampf geht nun weiter, um ihnen eine sichere Zukunft, Rehabilitation und eine würdige Wiedereingliederung zu ermöglichen“, sagte er. „Gerechtigkeit endet nicht mit einem Freispruch, sondern ist erst dann erfüllt, wenn das Leben in Würde wieder aufgebaut werden kann.“

Blasphemievorwürfe in Pakistan werden häufig von Menschenrechtsgruppen angefochten, die sagen, dass die Gesetze oft missbraucht werden, um religiöse Minderheiten ins Visier zu nehmen oder persönliche und wirtschaftliche Streitigkeiten beizulegen. Solche Anschuldigungen können zu Gewalt durch den Mob, Lynchmorden und Massenprotesten führen.

Human Rights Watch (HRW) erklärte in einem Bericht vom 9. Juni, dass Pakistans Blasphemiegesetze systematisch ausgenutzt werden, um schutzbedürftige Gemeinschaften zu enteignen und religiöse Minderheiten einzuschüchtern.

„Blasphemievorwürfe werden zunehmend als Waffe eingesetzt, um Gewalt durch den Mob anzustacheln, marginalisierte Gruppen zu vertreiben und ihr Eigentum ungestraft zu beschlagnahmen“, erklärte HRW in seinem 29-seitigen Bericht „A Conspiracy to Grab the Land: Exploiting Pakistan’s Blasphemy Laws for Blackmail and Profit“ (Eine Verschwörung zur Landnahme: Ausnutzung der pakistanischen Blasphemiegesetze für Erpressung und Profit).

Der Bericht dokumentiert mehrere Fälle, in denen Blasphemievorwürfe genutzt wurden, um Geschäftskonkurrenten zu schaden oder Eigentumsübertragungen zu erzwingen, und weist darauf hin, dass die vagen und weit gefassten Bestimmungen der Gesetze Missbrauch mit wenig oder gar keinen Beweisen ermöglichen.

HRW kritisierte auch das pakistanische Strafrechtssystem dafür, dass es die Urheber von Mobgewalt nicht zur Rechenschaft zieht. Die Polizei versäume es oft, die Beschuldigten zu schützen oder ordnungsgemäße Ermittlungen durchzuführen, so die Organisation, während politische und religiöse Persönlichkeiten, denen die Anstiftung zu Gewalt vorgeworfen wird, sich aufgrund von Einschüchterung und mangelndem politischen Willen häufig der Verhaftung oder Strafverfolgung entziehen.

Internationale Beobachtungsorganisationen stufen Pakistan weiterhin als eines der Länder ein, in denen Christen besonders stark verfolgt werden. Das Land belegte den achten Platz auf der Weltverfolgungsliste 2026 von Open Doors, auf der die 50 Länder aufgeführt sind, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Der Bericht führte systemische Diskriminierung, Mobgewalt, Zwangskonvertierungen, Schuldknechtschaft und geschlechtsspezifische Misshandlungen an und stellte fest, dass die Täter aufgrund der schwachen Strafverfolgung und des geringen gesellschaftlichen Drucks oft straffrei bleiben.

<https://morningstarnews.org/2026/02/two-christian-nurses-in-pakistan-acquitted-of-blasphemy/>



Südkorea: Pastor aus dem Gefängnis entlassen

ICC-Nachrichten - Pastor Hyun-Bo Son, der im September 2025 in Südkorea verhaftet worden war, wurde diese Woche aus dem Gefängnis entlassen.

International Christian Concern (ICC) hat bereits zuvor über die umstrittene Verhaftung von Pastor Son berichtet. Pastor Son von der Busan Segyeoro Church wurde wegen Wahlwerbung und Einmischung in das Wahlsystem angeklagt, weil er während eines Gottesdienstes einen Kandidaten interviewt hatte.

Pastor Son, der am 8. September verhaftet wurde, muss sich unter anderem wegen des Vorwurfs verantworten, während eines Gottesdienstes ein Interview mit dem Wahlkandidaten Jeong Seung-yoon geführt und ein Video des Gesprächs in den sozialen Medien hochgeladen zu haben. Außerdem wird ihm vorgeworfen, in Jungs Wahlkampfbüro einen „Gebetsgottesdienst für den Sieg“ abgehalten und erklärt zu haben: „Wir müssen für den rechtsgerichteten Kandidaten stimmen und Gottes Reich wirklich errichten.“

Pastor Son engagiert sich aktiv gegen staatliche Übergriffe und ist unter anderem Vorsitzender der Gruppe „Save Korea“, die gegen den derzeitigen linksgerichteten südkoreanischen Präsidenten, Premierminister und die regierende Demokratische Partei kämpft.

Pastor Son und seine Familie behaupten weiterhin, dass seine Verhaftung auf seine entschiedene Haltung zu christlichen und biblischen Grundsätzen zurückzuführen sei, darunter seine Mitwirkung an der Mobilisierung von zwei Millionen Menschen gegen das geplante umfassende Antidiskriminierungsgesetz, das laut Kritikern Predigten gegen Homosexualität unter Strafe stellen könnte.

Pastor Son und seine Familie glauben, dass seine Verhaftung dazu dienen sollte, Christen und ihre Ansichten in Südkorea zu unterdrücken und zu unterbinden. Sie werden gegen sein Urteil Berufung einlegen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Syrien: Hunderttausende vertrieben

(HMK) Im Nordosten sind weiterhin Hunderttausende Menschen vertrieben, darunter auch Christen. Not und Angst sind gross. Unsere Partner helfen und ermutigen, wo sie können. Sie erleben, wie Gott sie in dieser schwierigen Zeit trägt.

Türkei: EU-Gerichtshof prüft Aufenthaltsverbote für Christen

Seit 2019 waren über 300 Personen davon betroffen

Straßburg/Washington (IDEA) – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR/Straßburg) prüft Einreise- und Aufenthaltsverbote für ausländische Christen in der Türkei. Das berichtet die Menschenrechtsorganisation ADF International, die einen Großteil der Betroffenen vertritt. Konkret geht es dabei um 20 Fälle, die das Gericht untersuchen will. Grund für das Einreise- und Aufenthaltsverbot ist laut ADF das christliche Engagement in der Türkei. Die Betroffenen, meist ausländische Protestanten, seien auf Grundlage interner Sicherheitscodes als Bedrohung für die nationale Sicherheit eingestuft worden. In der Folge mussten sie und ihre Familien das Land verlassen oder durften nach Auslandsreisen nicht zurückkehren. Laut ADF handelt es sich um keine Einzelfälle. Die Organisation verweist auf Berichte der Evangelischen Allianz in der Türkei. Diese besagen, dass die dortigen Behörden seit 2019 132 ausländische Protestanten, darunter elf Deutsche, als Sicherheitsrisiko eingestuft haben. Zusammen mit ihren Familienangehörigen sind insgesamt 303 Personen betroffen.

Vorwürfe ohne Beweise

Die Menschenrechtsorganisation weist in diesem Zuge darauf hin, dass die betroffenen Christen in der Regel keine Vorstrafen haben. Es gebe auch keine Hinweise auf illegales Verhalten. Gemeinsames Merkmal sei ausschließlich das offene Bekenntnis zum christlichen Glauben und die Mitarbeit in Kirchengemeinden oder christlichen Diensten. Die Vorwürfe beruhten auf geheim gehaltenen Unterlagen, zu denen die Betroffenen keinen Zugang hätten und sich daher auch nicht vor Gericht verteidigen könnten. Die Direktorin für globale Religionsfreiheit bei ADF International, Kelsey Zorzi (Washington), erklärte dazu: „Indem der Gerichtshof die Fälle gemeinsam prüft, erkennt er an, dass sie ein Muster der Diskriminierung gegen Christen in der Türkei aufzeigen könnten. Regierungen dürfen Menschen nicht allein wegen ihres Glaubens die Rechte entziehen.“ Der EGMR hat der türkischen Regierung die Fälle nun zur Stellungnahme vorgelegt.

Uganda: Muslimische Extremisten schlagen zwei Pastoren zusammen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/12.02.26 - Zwei Pastoren wurden am Sonntag (8. Februar) aus einem Krankenhaus im Osten Ugandas entlassen, nachdem sie mehr als eine Woche zuvor von einer Gruppe muslimischer Extremisten zusammengeschlagen worden waren, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Pastor John Michael Okoel und sein Assistenzpastor Abraham Omoding von der New Life Church in Pallisa, etwa 200 Kilometer nordöstlich von Kampala, waren am 30. Januar um 4 Uhr morgens auf dem Heimweg von einer nächtlichen Gebetsversammlung, als fünf maskierte Männer in islamischer Kleidung sie am Osupa-Sumpf entlang der Autobahn Pallisa-Mbale anhielten, berichtete Pastor Okoel.

Die Angreifer waren mit Stöcken und Messern bewaffnet, als sie die Pastoren konfrontierten und sie der Blasphemie und des Versuchs, Muslime zu bekehren, beschuldigten, sagte er.

„Sie begannen, uns zu beschuldigen, über Allah zu lügen, zu predigen, dass Allah einen Sohn hat, und ihre Brüder und Schwestern zu bekehren“, sagte Pastor Okoel gegenüber Morning Star News. „Bevor ich antworten konnte, schlug mich einer von ihnen, Ali Kitaali, ins Gesicht, auf das Knie und die Hand. Ich verlor das Bewusstsein.“

Die Angreifer drohten, sie zu töten, und schienen entschlossen, ihnen das Leben zu nehmen, sagte er.

„Dann griffen sie meinen Hilfspastor an, brachen ihm den Arm, schlugen ihm zwei Zähne aus und schlugen ihn heftig auf den Rücken“, sagte Pastor Okoel.

Ihre Tortur endete, als ein Fahrzeug aus der Gegenrichtung näher kam und mit den Scheinwerfern blinkte, woraufhin die Angreifer flohen, sagte er.

Die Insassen des Fahrzeugs hielten an, um zu helfen, und brachten die verletzten Pastoren in eine nahegelegene Klinik, wo sie Erste Hilfe erhielten. Später trafen Verwandte und Gemeindemitglieder ein und halfen dabei, sie zur weiteren Behandlung in das Mbale Regional Referral Hospital zu bringen.

Beide Pastoren erholen sich weiterhin zu Hause. Sie sagten, sie beabsichtigen, den Angriff bei der Polizei anzuzeigen, sobald sie körperlich dazu in der Lage sind.

Kirchenführer und Gemeindemitglieder äußerten tiefe Besorgnis über den Angriff. Ein benachbarter Pastor, der anonym bleiben wollte, bezeichnete ihn als „zutiefst beunruhigend“ und forderte die Behörden auf, Ermittlungen einzuleiten und für Gerechtigkeit zu sorgen.

„Kein religiöser Führer sollte wegen seines Glaubens um sein Leben fürchten müssen“, sagte er.

Anwohner sagten, der Angriff habe die Angst und Unsicherheit in der Region verstärkt, insbesondere unter christlichen Führern.

„Dieser Angriff hat die Gemeinde schockiert“, sagte ein Einwohner von Pallisa. „Wenn solche Gewalt nicht bekämpft wird, könnte sie das friedliche Zusammenleben gefährden.“

Der Angriff verdeutlicht die anhaltenden religiösen Spannungen in Teilen Ostugandas. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels hatte die Polizei noch keine offizielle Erklärung abgegeben, und es wurden keine Festnahmen gemeldet.

Der Angriff war der jüngste von vielen Fällen von Christenverfolgung in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Die Verfassung Ugandas und andere Gesetze garantieren Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, seinen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zu einem anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der Bevölkerung Ugandas aus und sind vor allem im Osten des Landes stark vertreten.

<https://morningstarnews.org/2026/02/muslim-extremists-beat-two-pastors-in-eastern-uganda/>

USA – Ungarn: Partnerschaft zur Bekämpfung der Christenverfolgung

ICC-Nachrichten - Am 4. Februar haben die Vereinigten Staaten und Ungarn ein Abkommen zur Bekämpfung der Christenverfolgung geschlossen.

Im Anschluss an die jährliche Internationale Religionsfreiheitskonferenz (IRF) in Washington, D.C., veröffentlichte das US-Außenministerium eine Pressemitteilung, in der es heißt, dass die Initiative darauf abzielt, „die Zusammenarbeit bei der Unterstützung von Christen und Gläubigen, die Verfolgung ausgesetzt sind, insbesondere im Nahen Osten und in Afrika südlich der Sahara, zu erleichtern“.

„Christen sind weltweit die am stärksten verfolgte Religionsgruppe, doch Gräueltaten und Angriffe gegen sie bleiben allzu oft ungesühnt“, erklärte das Außenministerium. „Eine solche Verfolgung stellt eine Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten dar und untergräbt die Werte, auf denen unsere Nation aufgebaut wurde. Die Vereinigten Staaten rufen ihre Verbündeten weiterhin dazu auf, sich an der lebensrettenden Hilfe für diejenigen zu beteiligen, die durch religiöse Verfolgung gefährdet sind.“

„Ungarn ist diesem Aufruf gefolgt und hat damit erneut seine Rolle als wahrer Führer und Verteidiger verfolgter Christen bekräftigt.“

Die ungarische Regierung engagiert sich seit Jahren aktiv für die Unterstützung verfolgter Christen durch ihr offizielles Amt für die Hilfe für verfolgte Christen und hat während der IRF-Gipfeltreffen häufig Veranstaltungen in ihrer Botschaft in Washington D.C. ausgerichtet.

Abgesehen von der Konzentration auf den Nahen Osten und Subsahara-Afrika wurden keine weiteren Details zum Umfang des Projekts bekannt gegeben.

„Das Abkommen ist vielversprechend und hat das Potenzial, in diesen Regionen bedeutende Auswirkungen zu haben“, so der Menschenrechtsberater von International Christian Concern. „Wir ermutigen eine oder beide Regierungen nachdrücklich, dieser Ankündigung in naher Zukunft konkrete Schritte folgen zu lassen, die sie zur Erreichung dieses hohen Ziels unternehmen wollen. Diese Arbeit ist für verfolgte Gemeinschaften auf der ganzen Welt so wichtig, als dass sie auf unbestimmte Zeit in der Planungsphase stecken bleiben dürfte.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Weltweit: Interview mit Geschäftsführer HMK-CH

«Verfolgung und ein enormer Hunger nach Gottes Wort»

(HMK Schweiz) Geschäftsführer Linus Pfister nimmt Stellung zum Weltverfolgungsindex von Open Doors

Linus, du hast den frisch herausgekommenen Verfolgungsindex für 2026 angeschaut. Was ist dir aufgefallen?

Die starke Verschlechterung in Syrien. Zwar ist es erfreulich, dass eine Diktatur wie die von Assad gefallen ist, aber das HTS-Bündnis besteht eben immer noch fast nur aus Islamisten. Die Folge ist weniger Glaubensfreiheit, mehr getötete Christen. Die unsägliche Gewalt in Nigeria ist schwer auszuhalten, ebenfalls ausgeübt von Islamisten.

Kannst du kurz die Trends in der Christenverfolgung in deinen Worten zusammenfassen?

Subsahara-Afrika ist kaum bekannt hierzulande, aber gleich vier Länder sind unter den Top 10. Die Glaubensfreiheit ist insgesamt stärker bedroht als noch vor ein paar Jahren. Das drückt sich auch in der Gesamtzahl von 388 Millionen Christen aus, die nicht frei und ohne Gewaltandrohung friedlich ihren Glauben ausleben können – es werden immer mehr, wir sind schon bald bei 400 Millionen.

In welcher Entwicklung siehst du 2025? In welche Richtung geht es, was ist deine Prognose für das nächste Jahr?

Leider erhalten einige Islamistengruppen wieder Aufwind, es sieht momentan nicht erfreulich aus. In Subsahara und Afrika werden terroristische Gruppen zunehmen und noch mehr Menschen bedrohen. Wo Islamistengruppen kämpfen, gibt es mehr Tote. Aus meiner Erfahrung: Ein paar Jahre später sehen die Menschen den politischen Islam kritisch. Das führt dazu, dass sich die Menschen in grosser Zahl abwenden, zum Beispiel im Iran und in Saudi-Arabien. Jetzt in diesen Tagen wird in Teheran eine der grösseren Moscheen demoliert – das sagt schon etwas aus. Dieser Unmut erhöht den Druck auf die muslimischen Machthaber. Insgesamt nimmt ihr Rückhalt in der Gesellschaft ab, wie man im Iran sieht.

Welche Entwicklung im Index 2026 überrascht dich? Siehst du alles, was du durch deine Arbeit bei der HMK Schweiz mitbekommst, gut abgebildet, oder fehlt etwas?

Im Grossen und Ganzen vermittelt der Weltverfolgungsindex von OpenDoors einen guten Überblick. Eine wertvolle Arbeit wird hier geleistet.

In welcher Region ist die HMK besonders aktiv?

Die HMK arbeitet in vielen Ländern, zum Beispiel auch in der ganzen muslimischen Welt, von Nordafrika bis Südostasien. Vor allem in den islamischen Regionen sehnen sich viele Menschen nach einem friedlichen und lebendigen Gottesbezug und darum ist für sie das Evangelium von Jesus sehr attraktiv. Das Satelliten-TV «AL-Hayat» verzeichnet jährlich über 280 Millionen Streams und Downloads. Das zeugt von einem enormen Hunger nach Gottes Wort – und wir sind Teil dieser Bewegung, die aus diesen Ländern kommt.

Trotz aller negativen Entwicklungen – was motiviert dich, dich in verfolgte Christen zu investieren?

Verfolgte Christen, die ich seit vielen Jahren kenne, leben den christlichen Glauben mit einer enormen Leidenschaft und nehmen das Kreuz Christi auf sich, wenn es sein muss. Sie packen durchs Band voll an. Dieses Engagement ist sehr ansteckend, macht mir Mut und hilft, die Probleme unseres Alltags in der Schweiz zu überwinden. Je nach Land kommen Tausende von Menschen zu Jesus. Jede einzelne Neugeburt ist faszinierend und sehr erfreulich. Solch mutige Zeugen von Jesus will ich mit aller Kraft unterstützen.

Gab es im letzten Jahr ein Beispiel, was dich ermutigt hat, dranzubleiben?

Mich motiviert das, was Hakan Tastan in der Türkei erlebt. Wir als HMK begannen, vor 10-15 Jahren mit ihm zusammenzuarbeiten. Damals war seine Kirchengemeinde klein. Hakan überlebte einen Mordanschlag, und musste lernen, mit einer verletzten Hand zu leben. Doch er gibt nicht auf und sieht das als Teil seiner Jesus-Nachfolge. Seit 3 Jahren kommen durch seine Kirche jedes Jahr etwa 130 Türken zum Glauben. Hakan ist zur rechten Zeit am rechten Ort – und wir unterstützen ihn dabei. Er bleibt frisch und fröhlich, das stellt mich auf.

Was würdest du gerne Menschen sagen, die noch überlegen, ob sie den Verfolgungsindex lesen sollen oder nicht?

Ich würde sagen: Erst wenn wir die Fakten kennen, können wir den besten Einsatz unserer Ressourcen bestimmen. Was viele Christen heute vergessen: In den 2'000 Jahren der Christenheit lagen Verfolgung und starkes Gemeindegewachstum fast immer eng beieinander. Das sehen wir auch heute.

Und was würdest du gerne den Unterstützern der HMK sagen?

Zumindest in der muslimischen Welt kamen vermutlich noch nie so viele Menschen zu Jesus wie in unserer Zeit! Darum lohnt sich der Einsatz – für jeden einzelnen Menschen, der auf der Suche ist. Ein grosses Merci allen Unterstützern der HMK und ähnlicher Werke. Sie ermöglichen diese Arbeit überhaupt erst.

Danke für das Gespräch, Linus!

Zentralasien: "Willst du ein Jünger Jesus sein?"

Bitte betet für jungen Leute, dass sie zum christlichen Glauben kommen

(Licht im Osten) Eine Glaubensschwester berichtet: „Vor zwei Wochen bat mich der Pastor einer Krimtatarengemeinde, in seiner Kirche ein Seminar über den Islam und die Frage, wie man Muslimen Christus predigt, zu halten.“ (Hunderttausende Krimtataren waren 1944 von der Krim nach Zentralasien deportiert worden.)

„Ich blieb zehn Tage lang in dieser Gemeinde. An dem Seminar nahmen etwa 50 Personen teil. Sie stellten eine Menge Fragen. Ehemalige Muslime, die an Christus gläubig geworden sind, sind sehr eifrig. Das Seminar über den Islam dauerte fünf Tage. An den restlichen fünf Tagen sprachen wir über das Thema: ‚Willst du ein Jünger Jesu sein, sei bereit, den Preis dafür zu zahlen.‘ Für christusgläubige Muslime ist dies ein brennendes Thema, denn viele von ihnen werden in ihren Familien und in der Gesellschaft verurteilt.

Ich wohnte im Haus des Pastors. Sie haben drei erwachsene Kinder, die alle den Herrn lieben. Der jüngste Sohn ist 19 Jahre alt und ein eifriger Evangelist. Er macht sich große Sorgen darüber, dass sein Volk Christus, den Retter, nicht kennt. Leider wird er von seinen muslimischen Altersgenossen ausgelacht und verurteilt. Daher sind die Themen Jüngerschaft und Leiden für das Weitersagen des Evangeliums sehr wichtig.“

> Bitte beten Sie dafür, dass die zum Glauben an Christus gekommenen Muslime immer wieder Stärkung und Ermutigung von unserem Herrn erfahren. Im selben Hof befindet sich das Haus der Eltern des Pastors. Sie sind begeistert von der Familie ihres Sohnes und den fürsorglichen Enkelkindern, aber es betrübt sie, dass sie ‚den Glauben ihrer Väter verraten‘ und sich Christus zugewandt haben. Der Pastor erzählte mir, dass sie nicht wahrhaben wollen, dass die gute Familie ihres Sohnes und die fürsorglichen

Enkelkinder nur deshalb so sind, weil sie Christen geworden sind. Sie möchten lieber glauben, dass es allein an ihrer guten Erziehung liegt ...

Wie bleibt man Christus treu, egal was passiert, und wie sagt man das Evangelium weiter? Der Pastor bittet mich jedes Mal, für bestimmte Menschen zu beten. So schrieb er mir auch heute und bat mich,

> für die jungen Krimtataren zu beten.

Der Sohn des Pastors geht regelmäßig mit seinem Freund in die Moschee zum Namaz (Gebet). Dort lernen sie junge Leute kennen und laden sie in die Gemeinde ein. Einmal zog der Freund ein T-Shirt an mit

der großen Aufschrift auf dem Rücken: ‚Christus ist der Weg, die Wahrheit und das Leben.‘ So kam er in die Moschee und stellte sich zum Beten nach vorne,

sodass jeder diese Aufschrift lesen konnte. Irgendwann wurde er aufgefordert zu gehen. Gott sei Dank wurde er nicht geschlagen.“

> Bitte beten Sie gerade auch für die junge Generation unter den Muslimen, dass sie Christus kennenlernen. Die Muslime bemühen sich besonders um diese Generation, sie stärker in ihrer Religion zu verankern.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]